

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Oldenburger Landeszeitung. 1884-1886 1884

14.6.1884 (No. 11)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-994345](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-994345)

Oldenburger Landeszeitung.

Die „Oldenburger Landeszeitung“
erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn-
und Festtage.

Redaction: Saarenstraße 55.
Expedition: Mottenstraße 1.

Vierteljährlicher Abonnementspreis excl. Bestell-
geld 2 Mk. Inseratenpreis für die Letztseite 10 S.,
von außerhalb des Großherzogthums 15 S.

N^o 11.

Sonnabend, den 14. Juni

1884.

Die marokkanische Frage.

Die französische Republik geht seit einigen Jahren in allen Welttheilen auf Abenteuer aus. Tunis, Tonkin, Madagaskar u. s. f. sind die Schauplätze von Kriegsunternehmungen der Franzosen geworden, die dafür bedeutende finanzielle und sonstige Opfer gebracht, bis jetzt jedoch noch wenig Nutzen davon gezogen haben. Es genügt ihnen, den Erfolg auf ihrer Seite zu wissen, und sie hoffen jedenfalls, daß der Nutzen später, im Laufe der Zeit, nachkommen wird. Vielleicht haben sie auch überhaupt das Bedürfnis nach kräftigen Aktionen nach außen hin und da sie demselben in Europa nicht genügen können, so gehen sie über das Meer hinüber. Die tunesische und die tonkinische Affaire sind glorreich beendet, jetzt hat Frankreich eine neue Verwicklung in Marokko angezettelt.

Marokko ist ein alter maurischer Staat an der Nordwestküste von Afrika, es hat einen Flächenraum von etwa 10 500 Quadratmeilen mit acht bis neun Millionen Einwohnern, einem stehenden Heere von 26 000 Mann und 10 000 Mann Garde, 24 Festungen und einer ganz unbedeutenden schlechten Marine. Im Kriege sind alle wehrfähigen Marokkaner milizpflichtig, so daß die verhältnismäßig schwache Bevölkerung doch ein großes Heer aufzubringen vermag. Mit Frankreich und mit Spanien ist Marokko seit einigen vierzig Jahren mehrfach in Kriege verwickelt gewesen. In einem französischen Kriege wurde das marokkanische Heer am 14. August 1844 in der Schlacht am Isly vom Marschall Bugeaud gänzlich geschlagen; 1849 kam es abermals zu Differenzen mit Frankreich, welche im November 1851 zum Bombardement von Saleh führten. 1859 forderten die Spanier für angeblich ihnen zugefügte Unbilden Genugthuung und begannen, als diese verweigert wurde, im Dezember 1859 einen Krieg unter dem Oberbefehle D'Omme's, der die Marokkaner in zwei blutigen Schlachten am 4. Februar und am 23. März 1860 bei Tntuan schlug und sie zwang, durch Zahlung von 20 Mill. Pfaster Kriegsschadigung am 26. April 1860 den Frieden zu erkaufen. Diese für die Marokkaner jedenfalls nicht angenehmen Erfahrungen haben dieselben jedoch keineswegs klug gemacht. Mit der Rücksichtslosigkeit, die allen maurischen

Staaten in ihrer auswärtigen Politik stets eigen gewesen ist, verlegen die Marokkaner fremde Interessen und wenn dann eine europäische Regierung dafür Rechenschaft und eventuell Schadenersatz verlangt, so kann sie dies nur erhalten, wenn sie sehr ernsthaft droht und zugleich durch die That beweist, daß es mehr zu thun bereit ist, als nur zu drohen. Es ist noch kein halbes Jahr vergangen, seit Italien eine Anzahl Panzerschiffe auf die Rade von Tanger sandte, um eine Schadenersatzforderung einzutreiben, und ähnliche Schritte haben auch schon Oesterreich und England vornehmen müssen.

Von den europäischen Staaten haben nur zwei ein tiefer gehendes Interesse für die marokkanischen Verhältnisse, erstens Frankreich und zweitens Spanien. Die Franzosen sind durch den Besitz von Algier Grenznachbarn der Marokkaner, welche Letztere stets bereit gewesen sind, jeden Aufstand in Algerien zu unterstützen. Abd el Kader hatte beispielsweise stets an dem Kaiser von Marokko einen geheimen aber zuverlässigen Verbündeten und auch von dem gegenwärtigen marokkanischen Herrscher Muley Hassan behauptet die französische Regierung — vielleicht mit vollem Rechte —, daß er die Unzufriedenheit der algerischen Beduinen fortwährend schüre. Frankreich ist auch schon wiederholt mit dem Plane umgegangen, seine algerisch-marokkanische Grenze weiter nach Westen zu verschieben, indessen die Rücksicht auf England und auf Spanien hat dies verhindert. Was das Letztere anlangt, so sind die Interessen, welche dasselbe mit Marokko verbindet, mehr ein gebildeter als materieller Natur. In Folge der geschichtlichen Vergangenheit Spaniens sind Spanier und Mauren Erbfeinde und seitdem das letzte maurische Reich auf der pyrenäischen Halbinsel vernichtet worden ist, gilt es bei vielen Spaniern fast als ein Glaubenssatz, daß es eine Mission ihres Volkes sei, die Mauren auch jenseits der Meeresenge von Gibraltar zu bekämpfen. Ein Krieg in Marokko wird beim spanischen Volke stets eine gewisse Popularität besitzen.

Der jetzt vorliegende Streitsfall ist nun folgender. Der französische Gesandte Ordoga in Tanger hatte vom Kaiser von Marokko die Absetzung des Gouverneurs von Wazan gefordert, weil derselbe, wie der „Temps“ sagt, „Intriguen

gegen den Sohn des Scherifs eingefädelt habe.“ Die Regierung Muley Hassan's hatte diese Forderung zunächst abgelehnt mit der sehr deutlichen Bemerkung, der Gouverneur und der Scherif seien beide marokkanische Beamte und was zwischen denselben vorgehe, kümmere den französischen Gesandten nicht. Diese Zurechtweisung hatte Herr Ordega gewaltig übel genommen; er hatte den diplomatischen Verkehr mit der marokkanischen Regierung abgebrochen und die auf dem Gesandtschaftsgebäude aufgehißt gewesene Flagge einziehen lassen. Später ist der Forderung Ordogas Folge gegeben worden, der Gouverneur von Wazan ist seines Postens enthoben und durch einen Nachfolger ersetzt worden. Damit ist jedoch die marokkanisch-französische Angelegenheit nicht etwa erledigt, sondern nun zeigte sich erst des Pudels Kern: jetzt erklärt Frankreich, es handle sich außerdem um eine „einfache Berichtigung der Grenze“. Es gewinnt daher viel an Wahrscheinlichkeit, daß Frankreich nur einen Streit hat vom Zaun brechen wollen, in der Hoffnung auf weiteren Ländererwerb in Nordafrika.

In der italienischen Deputirtenkammer ist die marokkanische Angelegenheit dieser Tage Gegenstand der Erörterungen gewesen. Trotz aller Complimente, welche hierbei Mancini der französischen Regierung machte, zeigte sich, daß er durchaus nicht zweifelhaft ist, wohin eigentlich Frankreich steuert. Das Hauptgewicht seiner Rede ruhte in der Erklärung, daß Italien „nach dem Maße seiner Kräfte drohende Neuerungen in einem benachbarten Mittelmeerstaate nicht dulden werde und daß es dabei der Unterstützung „Anderer“ sich versichert halte.

Auch Deutschland gehört zu den „andern“ Mächten, auf deren Unterstützung nach den Erklärungen des italienischen Ministers Italien in der schwebenden Frage rechnet. Natürlich handelt es sich nur um die beratende Stimme Deutschlands, da wir durchaus keine Veranlassung haben, uns activ in die marokkanische Angelegenheit zu mischen. Daß aber auch bei dieser Gelegenheit Deutschland sein moralisches Gewicht in die Waagschale zu werfen aufgefordert worden ist, ist ein neuer bemerkenswerther Beweis dafür, welche Stellung das deutsche Reich im Rathe der Völker sich errungen hat.

Das Fräulein von Birkenweiler.

Roman von L. Lüttersburg.

(Fortsetzung.)

Das alte Fräulein trug ein sehr altmodisches graues Seidenkleid mit vielen Falbellen, die nach unten hin sehr deutlich über einen einzigen Reifen herabgingen, wie es bei unseren Urgroßmüttern Mode war. Um die Schultern trug sie ein schwarzes Sammetmäntelchen mit breitem Kragen von sehr werthvoller Spitze, auf dem seltener frisirten Kopfe einen Hut à la Directoire, welcher die silberweißen Locken nicht im Mindesten genirte. Das Gesicht dieser alten Dame erschien verhältnismäßig jung und ohne die weißen Haare hätte man sie gar wohl für eine Bierzigerin halten mögen. Die Stirn hatte noch keine Runzeln aufzuweisen und unter denselben leuchteten ein paar helle, kluge, scharfblickende Augen.

Die Freiherrin stand starr und unbeweglich wie ein Marmorbild über die unerhörte Dreistigkeit, mit welcher „diese Person“ es gewagt hatte, bis in ihre Gemächer vorzudringen. Heftige Worte schwebten auf ihrer Lippe und nur die Gegenwart der Dienerin hinderte sie, ihren Gefühlen freien Lauf zu lassen.

„Gehen Sie Lotta,“ wandte sie sich mit bebender Stimme zu dieser.

Die Dienerin verließ das Gemach und die alte Dame trat ein. Einen Augenblick standen sich die alten Gegnerinnen gegenüber, um sich vom Scheitel bis zur Sohle zu messen, in den Augen der einen Haß, in denen der anderen Verachtung.

„Ich habe nicht Zeit, die Rückkehr meines Neffen zu erwarten,“ sagte die alte Dame, dicht an die Freiherrin herantretend. „Das Wasser ist in raschem Steigen begriffen und wenn ich nur noch eine Stunde wartete, würde mir der directe Weg bis zu meinem Hause abgeschnitten sein und ich einen weiten Umweg machen müssen. Du darfst fest überzeugt sein, daß Du in einem andern Falle nicht durch mich belästigt worden wärest.“

„Und was wünschen Sie?“ fragte die Freiherrin, ohne der alten Dame auch nur einen Platz anzubieten. Diese stand ruhig und fest, es hatte den Anschein, als ob sie auch nicht sonderlich geneigt gewesen wäre, sich hier in diesem Raume niederzulassen.

„Die Sache läßt sich kurz erledigen. Ich höre, es ist ein Testament des verstorbenen Freiherrn von Birkenweiler eröffnet worden.“

„Allerdings ist das Testament eröffnet,“ sagte die Freiherrin verwundert, aber auch mit einigen Zeichen von Unruhe.

„In demselben ist Paul enterbt,“ fuhr die alte Dame fort. „Die Sache hat so viel von sich reden gemacht, daß sie selbst bis in meine einsame Klausur gedrungen ist. Das Testament hat dem verstorbenen Freiherrn wenig Ehre gemacht und es wäre zu wünschen, daß dasselbe möglichst bald als das unrechte bezeichnet würde.“

Einen Augenblick sah die Freiherrin die alte Dame mit einem Gemisch von Spott und Hohn an, dann

brach sie in ein schrill und unangenehm klingendes Lachen aus.

„Und Sie sind der Meinung, daß Franz zu einem solchen Dinge, das nur dem Gehirn eines Wahnsinnigen entspringen kann, seine Hand bieten wird?“

Es war als ob das blasse Gesicht der alten Dame sich mit einem Hauch von Röthe färbte und die Brauen zogen sich einen Moment dichter zusammen.

„In der That, ich bin der Meinung,“ sagte sie dann ruhig und fest. „Es würde wahrlich ein schlechtes Licht auf Franz von Birkenweiler werfen, wenn Andere das thun wollten, was seine Pflicht ist und auch nur durch ihn geschehen kann.“

Es entstand eine Pause. Die alte Dame hatte scheinbar die Absicht, ihr Gegenüber sich bestimmen zu lassen, aber die Freiherrin hielt es unter ihrer Würde, dieser „hirnverbrannten“ Idee der alten Person irgend welche Beachtung zu schenken. Mit einer verächtlichen Bewegung wandte sie sich ab, dem Fenster zu.

„Ich fürchte, sie haben sich vergebens bemüht — ich will es Ihnen überlassen, mit Franz weitere Rücksprache zu nehmen,“ sagte sie mit unendlichem Hohn.

Nun bligte es in den Augen des alten Fräuleins auf.

„Ich habe Dir gesagt, daß ich keine Zeit habe und Franzens Rückkehr nicht erwarten will. Es liegt mir daran, den Namen des Freiherrn vor Schimpf und Schande zu bewahren. Dein Gatte selbst soll die nöthigen Schritte thun oder willst Du, daß Euer Name noch mit größerer Verachtung genannt wird, als es

Politische Uebersicht.

Dem Reichstag ist nunmehr der 60 Quartseiten füllende Bericht von Hertling's über das Unfallversicherungsgesetz zugegangen. In der Einleitung wird in durchaus zutreffender Weise die Stellung der einzelnen Parteien zu der Vorlage charakterisirt. Bezüglich der Stellung der deutschfreisinnigen Mitglieder der Commission sagt der Bericht: „Auch die Gegner des Versicherungszwangs sahen davon ab, ihren principiell abweichenden Standpunkt in der Form von Abänderungsvorschlägen zur Geltung zu bringen; wohl aber verlangten diejenigen, deren Standpunkt von demjenigen der Vorlage am weitesten ablag, daß es den Unternehmern freistehen müsse, wo und unter welchen Bedingungen sie der Versicherung genügen wollten, und erblickten darin die nothwendige Gegenleistung für die zeitweilige Zurückstellung der keineswegs aufgegebenen principiellen Bedenken. In diesem Sinne wurde die Aufrechterhaltung der freien Versicherungsgesellschaften als unerläßliche Voraussetzung bezeichnet und die in dem Entwurf vorgeschlagene staatliche Organisation abgewiesen.“ Ueber die Stellung der nationalliberalen Mitglieder der Commission heißt es dann: „Andere gingen nicht so weit, wollten jedoch dieser Organisation ein anderes System zu Grunde gelegt wissen — geographisch abgegrenzte Betriebsverbände statt der Berufsvereinigungen — und noch neben denselben Raum für die privaten Versicherungsgesellschaften, zum mindesten für die auf Gegenseitigkeit gegründeten belassen.“ Ueber die Gründe, aus denen die Nationalliberalen in der zweiten Lesung ihren Standpunkt verlassen haben, enthält der Bericht kein Wort. Er erwähnt nur, daß bei Beginn der zweiten Lesung der Commission eine Reihe von Anträgen unterbreitet worden seien, welche erkennen lassen, „daß drei der in der Commission vertretenen Gruppen (Deutschconservative, deutsche Reichspartei und Centrum) eine Verständigung unter einander gesucht und im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes vorläufig diejenigen Bedenken und Wünsche zurückgestellt hätten, welche während der ersten Lesung als trennende Unterschiede zwischen ihnen bestanden hatten. Demgemäß waren auch die Anträge von drei diesen Gruppen angehörenden Vertretern gemeinsam gestellt. Eine Folge dieses Vorgehens war, daß bei einer nicht unbeträchtlichen Anzahl von Punkten die Abstimmung in der zweiten Lesung anders ausgefallen war.“ Der Bericht schließt mit folgenden Worten: „Die Commission trat nunmehr — in zweiter Lesung — zur Schlußabstimmung über das ganze Gesetz. Vor derselben erklärte ein Mitglied (Abg. Mar-

quardsen), daß es sich der Schlußabstimmung nicht widersetzen werde, daß aber die Frage, ob derartige Abstimmungen in Commissionen zu erfolgen hätten, eine Streitfrage und die Praxis in dieser Beziehung eine sehr verschiedene sei. Inzwischen empfehle es sich, eine solche Frage nicht nebenher, sondern in ausdrücklicher Veranlassung zur Erledigung zu bringen. Die Annahme des Gesetzes erfolgte mit 19 gegen 9 (deutschfreisinnige) Stimmen.“ Von der vielbesprochenen Erklärung des Abg. Marquardsen, daß die Abstimmung der nationalliberalen Mitglieder der Commission für die Beschlüsse der Entscheidung der Partei im im Plenum und der Wiedereinbringung von Abänderungsanträgen nicht präjudiciren solle, nimmt der Bericht keine Kenntniß.

Wie glaubwürdig verlautet, ist ein Gesetzentwurf für die Altersversorgung der Arbeiter im Reichsamt des Innern bereits ausgearbeitet, so daß eine bezügliche Vorlage voraussichtlich in der Herbstsession an den Reichstag gelangt.

Außer der deutschfreisinnigen Partei wird auch die süddeutsche Volkspartei gegen die Dampfersubventionsvorlage stimmen; das Centrum hat beschlossen, die Vorlage an eine Commission zu verweisen, welchem Antrage sich die Nationalliberalen widersetzen werden.

Die Aktiengesetz-Commission hat beschlossen, auch bei Aktien- und Commanditgesellschaften den Mindestbetrag der Aktien auf 1000 M. festzusetzen.

Die Justizcommission des Reichstages hat gestern mit der Specialdebatte über die Einführung der Berufung begonnen und beschlossen, daß die Berufung nicht an die Oberlandesgerichte, sondern an bei den Landgerichten zu bildende Berufungskammern zu leiten sei. Betreff der Zusammenfassung der Strafkammern erster Instanz wurde beschlossen, auch bei Einführung der Berufung für die Straferichte erster Instanz die Besetzung mit fünf Richtern beizubehalten. Zum Schluß wurde in die Verathung der Frage eingetreten, ob die Berufung auch der Staatsanwaltschaft einzuräumen sei.

Der Reichstag wird sich erst heute mit der Dampfersubventionsvorlage beschäftigen, weil die ganze gestrige Sitzung durch eine principiell wichtige Debatte ausgefüllt wurde, welche sich in Folge einer Anregung des Abg. Nicker an eine Statsrechnungssache knüpfte. Es handelte sich um die Zulässigkeit der Niederschlagung von reglementswidrigen militärischen Ausgaben durch kaiserliche und vom preussischen Kriegsminister contrasignirte Kabinettsordres, und ferner um die Rechtsgültigkeit eines auf die Herstellung einer deutsch-norwegischen Telegraphenverbindung bezüglichen Vertrages, welcher zwischen der kaiserl. Telegraphenverwaltung und dem Director Dr. Lafard, ohne die Genehmigung des Reichstags einzuzuholen, abgeschlossen worden ist. An der umfassenden Diskussion beteiligten sich, außer mehreren Regierungscommissaren und den Abgg. Dr. Hammacher und v. Maltzahn, vorzugsweise wiederholt die Abgg. Nicker, Richter, Windthorst, sowie der Kriegsminister. Letzterer stützte seine Deductionen vornehmlich auf den Einwand, es kämen hier königliche, nicht kaiserliche Ordres in Betracht, und als ihm das betr. Monitum des Rechnungshofes, also einer unabhängigen richterlichen Behörde, entgegengehalten wurde, erwiderte er, er sei eben anderer Meinung als dieser und würde dabei bleiben, wenn der Rechnungshof auch zehnmal das Gegentheil aussprechen sollte. Dieser charakteristische Standpunkt zeigt, wie recht die Abgeordneten Nicker und Richter handelten, wenn sie in energischer Weise die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gegenüber der Volksvertretung betonten und in einer Zeit, wo bei jeder Gelegenheit — auch Herr v. Bronsart machte gestern den Versuch — den Liberalen ungerechterweise vorgeworfen wird, daß sie die Rechte der Krone antasteten, den Reichstag gegen Eingriffe der Verwaltung in sein verfassungsmäßiges Gebührensrecht zu schützen sich zur Aufgabe machten. Der Reichskanzler ergriff nur das Wort, um in aller Kürze auf die angebliche Undurchführbarkeit solcher Garantieverträge, wie der Eingangs erwähnte, hinzuweisen, falls dieselben der Sanction des Reichstags unterliegen müßten, und sein Einverständnis mit der vom

Abg. Windthorst vorgeschlagenen Zurückverweisung an die Commission zu erklären. Die staatsrechtlichen Gesichtspunkte berührte er nicht. Einstimmig entschied das Haus dafür — und mit diesem vorläufigen Resultate können die freisinnigen Redner zufrieden sein — die ganze Rechnung mit dem Antrag Nicker, wonach dem Reichstag der betr. Vertrag zur Genehmigung zu unterbreiten und die Beschlußfassung über die Dechargirung bis dahin auszuschieben sei, an die Commission zur nochmaligen Prüfung zurückgehen zu lassen.

In einem hochoffiziösen Artikel führt die „Nordd. Allg. Ztg.“ eine Reihe von Behauptungen in der Correspondenz der „Germania“ vom 6. Juni über den erzbischoflichen Stuhl in Gnesen-Posen auf und erklärt jede einzelne für nicht wahr, insbesondere die Behauptung, der Papst habe in einer Audienz dem Herrn v. Schölzer erklärt, er sei bereit, Ledochowski's Resignation anzunehmen, vorausgesetzt, daß die Regierung als dessen Nachfolger einen Mann acceptire, der das Vertrauen der Curie und der Didesanbevölkerung besitze und daß sie sich verbindlich machen werde, ernstlich Hand anzulegen an der Lösung der principiellen Hauptfragen betr. Vorbildung des Clerus und der Anzeigepflicht. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erbitet sich ihren Negationen positive Angaben hinzuzufügen, wenn ihr die „Germania“ die Zustimmung der Curie und der päpstlichen Diplomatie verschaffe.

Die „Deutsche Dampfschiffs-Rederei“ zu Hamburg hat ein „Promemoria“ an den Reichstag gerichtet, welches über die bekannte Vorlage in Aussicht genommene, vom Reiche zu subventionirende Postdampfschiffs-Linie betrifft. Nach den Darlegungen dieser Gesellschaft, welche 11 See-Dampfschiffe besitzt, hat die kaiserliche Reichspostverwaltung sich zunächst vor einigen Monaten an sie gewandt mit der Anfrage, ob die Gesellschaft bereit und welche Subvention erforderlich sei, um neue, große, schnelle, mit garantirter Fahrzeit, den Ansprüchen der Jetztzeit entsprechende, monatlich zu expedirende Postdampfer einzustellen. Nach den Angaben der Gesellschaft sei die von ihr eingereichte Kostenaufstellung von der Reichsregierung verwendet, doch für Anschaffung des erforderlichen Kohlenquantums nur ungefähr die Hälfte in Rechnung gestellt und für Reserve, jährliche Abschreibungen und Kesselerneuerung sowie Zinsen nichts ausgeworfen worden. Hierdurch sei die Herabsetzung der geforderten Subvention auf ca. die Hälfte bewirkt worden. Die Denkschrift weist deshalb darauf hin, daß, um die vom Reiche zu bewilligende Subvention auch nur annähernd correct bemessen zu können, vor Allem eine genau präcisirte Vorlage der gestellten Ansprüche und der geforderten Leistungen zu Grunde gelegt werden muß.

Wie aus London gemeldet wird, hat der Abg. Liebknecht dort in den letzten Tagen einem angeblichen „internationalen Convente revolutionär-socialistischer Abgeordneter“ präsidirt. Im August d. J. soll ein großer „revolutionärer Congreß“ in Genf abgehalten werden.

Nach Budapest und Wien hat nun auch Graz seinen Arnachistenprozeß. In der steierischen Landeshauptstadt findet gegenwärtig die Verhandlung gegen Michael Kappauf und 22 Genossen, durchweg Anarchisten, statt, welche des Hochverraths angeklagt sind. Dieselben sind, der „Frankf. Ztg.“ zufolge, unter andern der Werbung von Theilnehmern zum Aufstand beschuldigt, womit sie sich der Stadt Graz anlässlich der vorjährigen Anwesenheit des Kaisers bemächtigen wollten. Geld erhielten sie aus Amerika. Eine dem Consortium gehörige Kiste mit Dynamit wurde in Fiume confiscirt.

Wie ein Telegramm der „K. Z.“ aus Belgrad berichtet, hat Fürst Bismarck die Initiative zur Beilegung des serbisch-bulgarischen Conflictes ergriffen, indem er Oesterreich und die anderen Mächte einlud, der Frage näher zu treten und ihre Lösung anzubahnen.

Deutsches Reich.

Berlin, 13. Juni. Bei der jüngst erfolgten Ankunft der Kaiserin von Rußland in Petersburg resp. in Gatschina spielte sich nach einer Mittheilung des „Pol. Korr.“ folgende Szene ab: Der Kaiser

begab sich in den Salonwagen und nach erfolgter Begrüßung traten die kaiserlichen Herrschaften auf den Perron. Hier sagte der Kaiser zu der Kaiserin absichtlich so laut, daß alle Anwesenden es hören konnten, er sei sehr glücklich, daß Ihre Majestät wohlbehalten zurückgekehrt sei, aber wenn möglich noch glücklicher, daß ihre Reise dazu beigetragen habe, die Bande der Freundschaft, welche die Höfe von Berlin und St. Petersburg vereinigen, noch fester zu knüpfen.

— In einer Zuschrift an die „Elbinger Ztg.“ erklärt Hr. v. Minnigerode, daß er definitiv die Annahme eines Reichstagsmandates ablehne; eine gleiche ablehnende Erklärung hat Hr. v. Schorlemer-Mst dieser Tage gegeben.

— Die „Berliner politischen Nachrichten“ melden, die Dröres wegen Einberufung des Staatsraths und Ernennung einer Anzahl neuer Mitglieder seien nunmehr vollzogen und die erste Einberufung des Staatsraths noch vor Reichstagschluß zu erwarten.

— Von Seiten mehrerer Handelsvorstände ist bei dem Präsidium des deutschen Handelstages den Antrag gestellt, behufs Berathung der Novelle zu dem Reichsstempelgesetz eine außerordentliche Plenarversammlung des deutschen Handelstages zu berufen. Das Präsidium wird, falls der Bundesrath die fragliche Vorlage annehmen und dem Reichstage zur Beschlußfassung unterbreiten sollte, eine solche Versammlung einberufen. Selbstverständlich wird in diesem Falle der bleibende Ausschuß kurz vor der Plenarversammlung noch zu einer Sitzung zusammenzutreten.

— Vom 1. Juli ab stellt sich das Verhältniß der Staats- zu den Privatbahnen in Deutschland so, daß von den rund 35,500 Kilometern überhaupt vorhandenen Bahnen nahezu 32,000 Kilometer dem Staate angehören. Die größten noch vorhandenen Privatbahnen sind noch die pfälzischen und die hessische Ludwigsbahn. Die preussischen Staats- und vom Staate verwalteten Privatbahnen umfassen allein 20,300 Kilometer. Außer diesen werden noch von dem preussischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten die 1300 Kilometer langen Reichsbahnen verwaltet.

Ronitz, 12. Juni. Gegen den hiesigen Landgerichts-Präsidenten Jaucke war wegen der unglückseligen Familienaffaire, welche die Verurtheilung seiner Gattin zu mehrmonatlicher Gefängnißstrafe zur Folge hatte, weil sie massenhaft anonyme Schandbriefe verschickt hatte, das Zwangs-Pensionierungsverfahren, dann auch die Pensionierung mit Vierfünttel des bisherigen Gehalts ausgesprochen worden. Hiergegen hat, wie die „Danz. Z.“ meldet, Hr. Jaucke nunmehr die Entscheidung der höheren Instanz, des Reichsgerichts, angerufen.

Braunschweig, 13. Juni. Der Landtag genehmigte einstimmig die Verträge mit Preußen, betreffend das braunschweigische Eisenbahnunternehmen und die anderweitige Regelung der die beiderseitigen Gebiete berührenden Eisenbahn.

München, 13. Juni. Der Kaiser von Oesterreich traf heute früh hier ein und fuhr sofort nach Feldafing, wo er einen mehrtägigen Aufenthalt zu nehmen gedenkt, weiter.

Ausland.

Frankreich. Paris, 13. Juni. In der Deputirtenkammer wurde bei der fortgesetzten Berathung des Rekrutierungsgesetzes die Inbetrachtung eines Antrages des Deputirten Lanessan beschlossen, welcher den Grundsatz der dreijährigen Dienstzeit aufrecht erhält, nach ein- oder zweijähriger Dienstzeit aber eine gewisse Anzahl von Soldaten, deren militairische Ausbildung für ausreichend erachtet wird, vom Dienste bei der Fahne zu entlassen gestattet. In parlamentarischen Kreisen glaubt man, daß die Abstimmung das Aufgeben der Rekrutierungsvorlage und die Beibehaltung des jetzigen Gesetzes zur Folge haben werde. Voraussichtlich wird die Kammer am Montag die Berathung der Verfassungsrevision beginnen und bis zum Schluß der Woche zu Ende führen.

England. London, 13. Juni. Im Unterhaus wurde bei der Berathung der Reformbill der Antrag des Deputirten Woodall, nach welchem den Frauen das Stimmrecht gewährt werden

sollte, abgelehnt. Northcote war für diesen Antrag eingetreten.

— Ein Telegramm der „Times“ bestätigt, daß Berber vor zwölf Tagen gefallen ist; die Garnison kämpfte, bis ihre Munition erschöpft war; die Aufständischen drangen in die Stadt ein und megelten Soldaten und Einwohner nieder; der Gouverneur Hussein ist gefangen. Nach dem Falle Berbers wurden 30000 Araber abgesandt, um Dongola einzuschließen. Auf Suakin ist in letzter Nacht ein ziemlich heftiger Angriff gemacht, aber zurückgeschlagen worden.

Niederlande. Brüssel, 13. Juni. Wie die „Indépendance Belge“ von gut unterrichteter Seite vernimmt, wird das neue Ministerium in folgender Weise zusammengesetzt sein: Malon Auswärtiges, Prinz Caraman-Chimay Inneres, Debruyne öffentliche Arbeiten, Jacobs Finanzen, Thonissen Unterricht, General Jaemart Krieg. Zum Kammerpräsidenten wurde Bernaert ernannt werden.

— Gestern Abend durchzogen wiederum einige Volkshäufen schreiend und singend die Straßen der Stadt, wurden aber bald durch die Polizei zerstreut.

Amerika. Newyork, 12. Juni. Als demokratische Präsidentschaftscandidaten nach Tilden's Ablehnung sind Cleveland, Bayard, Macdonald und Flower in Aussicht genommen.

Aus dem Großherzogthum.

Oldenburg, 14. Juni. Bekanntlich hat Herr Bildhauer Boschen hier selbst von der Cassettendecke im Schloß zu Jever mit vieler Mühe und ebenso großer Kunstfertigkeit Gypsabgüsse hergestellt, die den Zweck haben, die kostbaren Schätze mittelalterlicher Holzschneiderei auch weiteren Kreisen zugänglich zu machen. Mehrere dieser Abgüsse sind neuerdings auch im Berliner Kunstgewerbemuseum ausgestellt und wird über dieselben von Berlin aus in folgender Weise geurtheilt:

„Eine prächtige, in Eichenholz geschnittene Cassettendecke im Schloß zu Jever in Oldenburg, die bis dahin fast unbeachtet geblieben war, erregte vor etwa zwei Jahren durch Mittheilungen, die das Werk als eine der herrlichsten Arbeiten der Renaissance auf deutschem Boden schilderten, und dann auch durch Photographien einzelner Stücke, die jenes Urtheil völlig bestätigten, zum ersten Mal die Aufmerksamkeit weiterer Kreise. Von dem Bildhauer Boschen in Oldenburg ist seitdem die ganze Decke in Gyps abgeformt und damit für Sammlungen und Unterrichtsanstalten, für Künstler und Kunstgewerbetreibende in vorzüglichster Nachbildung sämtlicher Theile zugänglich gemacht worden. Selbst für größere Museen ist es allerdings kaum möglich, das ausgezeichnete Werk, das aus vier Reihen von je sieben Cassetten nebst dem gliedernden und umrahmenden Balkenwerk besteht und einen Raum von rund 78 Quadratmetern mit dem vielgestaltigsten Schnitzwerk bedeckt, in seinem vollen Umfange in Gypsabguß vorzuführen. Als charakteristische Probe der mit höchster Meisterschaft ausgeführten Arbeit sind indeß jetzt im Kunstgewerbemuseum die Abgüsse einzelner Theile ausgestellt, deren Besichtigung und Studium unseren Kunstgewerbetreibenden und vor allem den Holzbildhauern, die hier die köstlichsten Vorbilder finden, dringend zu empfehlen ist. Eine vollständige Cassette, die mit dem zugehörigen Gebälk und den kleineren Cassetten auf den Kreuzungen desselben nahezu 2 m im Quadrat mißt, giebt ein klares Bild von der Composition, dem ornamentalen Charakter, der virtuos technischen Behandlung und der imposanten decorativen Wirkung der Decke. Eine Anzahl der phantastisch gestalteten Consolen, welche die Balken tragen, das Feld mit dem Wappen von Jever, eine Reihe einzelner Friese zc. bereichern die damit gebotene Vorstellung, und die gleichzeitig ausgelegten Photographien sämtlicher Füllungen und Friese und einzelner Details der Arbeit gewähren ein anschauliches Bild des erstaunlichen Reichthums künstlerischer Erfindung, die nahezu den gesammten Ornamentenschatz der Zeit umfaßt und dabei in der immer wieder wechselnden, phantasievollen Ausbildung der verschiedenartigsten Motive nirgends einer nüchternen Wiederholung verfällt.“

— Die Verkehrseinnahme der Oldenburgischen Eisenbahn (excl. Oldenburg-Wilhelms-hafen) betragen nach vorläufiger Ermittlung: im Mai 1884: 280,557 Mk.; 1883: 275,265 Mk. Mehreinnahme 1884: 5,292 Mk. Vom 1. Jan. bis ult. Mai 1884: 1,279,842 Mk.; 1883: 1,210,820 Mk. Mehreinnahme 1884: 69,022 Mk. — Für die Oldenburg-Wilhelms-hafener Eisenbahn wurden nach vorläufiger Ermittlung vereinnahmt im Mai 1884: 54,514 Mk.; 1883: 58,874 Mk. Mindereinnahme 1884: 4360 Mk. Vom 1. Jan. bis ult. Mai 1884: 244,974 Mk.; 1883: 251,703 Mk. Mindereinnahme 1884: 6729 Mk.

— Denjenigen Ländern des Weltpostvereins, nach welchen Postkarten mit Antwort

abgesandt werden können, ist gegenwärtig auch Japan beigetreten. Das Porto für derartige Postkarten nach Japan beträgt 20 S.

— Gestern ereignete sich in der Ehlers'schen Brauerei hier, ein Unglücksfall, indem beim Auspichen von Bierfässern einem jungen Mann ein Unterarm derartig durch heißflüssiges Pech verbrannt wurde, daß sein Transport in's Hospital erforderlich war, wo voraussichtlich zu seiner Wiederherstellung eine Reihe von Wochen notwendig sein werden.

— Die Schülerinnen der Cäcilien-schule machen heute unter Führung der Lehrer bezw. Lehrerinnen einen Ausflug; diejenigen der oberen Classen sind mit dem Frühzuge nach Gruppenbüren gefahren, um von dort aus zu Fuß nach Delmenhorst zu gehen und dann mit dem Abendzuge nach Oldenburg zurückzugehen; die unteren Classen werden nachmittags einen Spaziergang nach dem Nothen Hause machen.

Schwurgericht zu Oldenburg.

Dritte Sitzung vom 13. Juni, Vorm. 10 Uhr.

Als Präsident fungirt Landgerichtsrath Niemöller, als Staatsanwalt Landgerichts-Assessor Meinde, als Vertretiger Rechtsanwalt Dr. Bargmann, und als Geschworene sind ausgelooft: Dhmsiede, Geerten, Sieger, Seelhorst, Schipper, Siemers, Meiners, Pophanken, Droß, Dhmsiede, Roggemann und Hüpers.

Auf der Anklagebank erscheint der Gendarmen-Sergeant Joh. Hinr. Lükens aus Bechta unter der Beschuldigung verschiedener Verbrechen wider die Sittlichkeit, begangen gegen Frauenpersonen, die ihm zum Transport oder zur Aufsicht anvertraut gewesen waren. — Bei der Verhandlung wird die Oeffentlichkeit ausgeschlossen.

Die Verhandlung wird nicht zu Ende geführt, sondern vom Gerichtshofe behufs Vernehmung einer nicht anwesenden Zeugin Vertagung beschlossen.

Aus der Nachbarschaft.

Bremen, 13. Juni. Die Passagierbeförderung, namentlich vermittelt der Schnell-dampfer des Nordd. Lloyd, von Amerika nach Europa hat einen Umfang angenommen, der bis dahin unerhört war. Seit Beginn der Reisezeit führen diese Schiffe wöchentlich an 600 Passagiere und mehr (der Dampfer „Elbe“ neuerdings sogar 749 Passagiere) nach Europa. Rechnet man die Passagiere der anderen von Newyork und Baltimore zc. auf der Weser ankommenden Dampfer hinzu, so ergiebt sich eine Einwanderung von 800—1000 Personen wöchentlich, die nun schon seit mehreren Monaten anhält. Die große Mehrzahl dieser Ankömmlinge sind selbstverständlich nur Besucher auf kurze Zeit, die bei ihrer Rückkehr nach Amerika die Zahl der Passagiere und Auswanderer auf deutschen Schiffen anschwellen. (W. Z.)

Bermischtes.

— Ueber das Leben der Bauern im Orange-Freistaat giebt der Correspondent der „Köln. Ztg.“ recht interessante Einzelheiten. Nachdem sein vorletzter Brief die Liebhabereien dieser aus Holland stammenden afrikanischen Kolonisten geschildert und namentlich die Eigenheit der — Kaffee-Trunkucht hervorgehoben, ist der neueste u. A. der bei ihnen herrschenden Sitte der Brautwerbung gewidmet. „Die Bauern heirathen in sehr jugendlichem Alter. Sobald ein Bauer 20 Jahre alt geworden ist, sieht er sich nach einer Lebensgefährtin um. Wille oder ähnliche heirathsvermittelnde Einrichtungen giebt's nicht, der Bauer bestiegt daher sein Pferd, reitet von Farm zu Farm, um sich eine Braut aus den Töchtern des Landes auszusuchen. Man sieht ihm schon von fern an, was er im Schilde führt. Er hat sich auffallend rein gewaschen, das wollene Hemd wird durch einen Papiertragen, vielleicht selbst durch eine Cravatte gekrönt, die Stiefel aus Roßleder werden zur Feier des Tages einmal abgebürstet, der breitkrämpige Filzhut erhält ein neues Band aus blauweißer Seide und unter den Sattel wird eine neue hellbunte Decke gelegt. So geht's im Galopp nach der nächsten Farm; dort sattelt er ab, trinkt einige Liter Kaffee, raucht ein Duzend Pfeifen, ist dreimal mit der Familie, verschlingt die Töchter mit den Augen und spricht im Uebri-gen so wenig wie möglich. Nach Sonnenuntergang, wenn Licht in die Stube gebracht ist und die Familie sich anschießt, in die oder das Schlafzimmer sich zurückzuziehen, dann faßt er sich ein Herz und fragt die Mutter, die natürlich schon lange auf diesen Wunsch wartet, ob sie erlaube, daß er mit Minche, oder wie denn die betreffende Auserwählte heißt, noch etwas aufbleiben (opzitten) dürfe. Der Wunsch wird bereitwilligst erfüllt, verlegen kommt Minche in die Wohnstube zurück, sie stellt ein Licht auf den Tisch, setzt sich in eine Ecke des Zimmers und sagt nichts. Der Freier sitzt in einer andern Ecke, raucht, spuckt und sagt auch nichts. Aber Ernoch hat Minche verstanden, ihrem Courtmacher anzudeuten, ob er ihr mehr oder weniger gefüllt, indem sie danach die Größe ihres Talglichtes einrichtete; je größer die Kerze, desto länger können sie obzitten! Am nächsten Morgen sattelt der Bauer sein Pferd wieder um reitet nach einer andern Farm, wo sich die ganze Sache wiederholt, bis er sich end-

